

Anstöße für besseres Amtsdeutsch – Beispielhaftes Projekt der Bochumer Uni: Germanisten beraten 17 Stadtverwaltungen

geschrieben von Bernd Berke | 11. Juli 2007

Von Bernd Berke

Bochum. Leitfäden für „bessere“ deutsche Amtssprache gibt es schon seit rund 250 Jahren. Doch bei der Lektüre von Behörden-Briefen glaubt man zuweilen, dass solche Ratgeber nichts genützt haben. Ein bundesweit einmaliges Projekt an der Bochumer Ruhr-Uni stemmt sich gegen die offenbar hartnäckigen Unsitten.

Immerhin: „Ganz so schlimm, wie man meint, ist Amtsdeutsch eigentlich gar nicht mehr.“ Das sagt eine, die es wissen muss. Die Germanistin Michaela Blaha betreut das Projekt „Idema“ am Lehrstuhl von Prof. Hans-Rüdiger Fluck. Inzwischen berät man 17 Stadtverwaltungen in sprachlicher Hinsicht, darunter Bochum, Wuppertal und Witten.

Die Kommunen zahlen eine einmalige Gebühr und können dann dauerhaft auf diverse Dienste zurückgreifen. Eine Internet-Datenbank mit anschwellender (Un)-Wortliste zählt ebenso dazu wie komplett korrigierte Briefmuster oder eine Hotline für akute Zweifelsfälle.

Textbausteine aus dem Computer

Michaela Blaha ahnt, warum Amtsdeutsch noch heute vielfach so hölzern klingt: „Seit den späten 70er Jahren werden Textbausteine in Computern gespeichert und immer wieder

verwendet.“ So pflanzen sich krude Wortschöpfungen über Generationen fort. Motto: Das haben wir schon immer so gesagt...

Es geht aber nicht nur um Schönheit, sondern auch um Genauigkeit. Manche Ausdrücke bleiben vor allem deshalb stehen, weil sie sich juristisch als wasserdicht erwiesen haben. Deshalb lassen die Bochumer Germanisten ihre Vorschläge auch von einer Anwaltskanzlei vorab prüfen – freilich ohne Garantie. Die Städte bleiben rechtlich verantwortlich. Beispielsweise dafür, ob sich der behördliche Begriff „Oberflächenwasser“ in jedem Falle schlicht durch „Regen“ ersetzen lässt.

Rund 1500 Behördentexte haben die Uni-Leute mittlerweile untersucht. Auf dieser stetig wachsenden Basis soll bald ein Buch entstehen.

„Beigefügt“ und „vorbezeichnet“

Einige Grundübel der landläufigen Behördensprache sind in einen ersten Leitfaden eingeflossen, der allerdings auch kleine Tücken hat: Häufig werden „amtlicherseits“ (auch so ein Wörtchen) kaum verständliche Abkürzungen oder Fachausdrücke verwendet. Da ist mitunter die verschleiernde Rede von „gesetzlich zulässigen Vollstreckungsmaßnahmen“. Die Sprachwissenschaftler empfehlen Klartext: Pfändung oder Erzwingungshaft. Überhaupt raten sie dazu, Sachverhalte konkret zu formulieren.

Partizipialkonstruktionen („anfallende“, „beigefügte“, „vorbezeichnete“) sind generell verpönt. Steif klingt der „Hauptwortstil“: Statt „Unter Bezugnahme auf...“ könnte es einfach heißen „Ich beziehe mich auf.“ Hässlich sind Bandwurmörter wie „Eignungsfeststellungsverfahren“. Für ganze Sätze gilt gleichfalls: Bloß nicht zu lang und zu verschachtelt. Die gesamten Texte sollten sinnvoll (das Wichtigste zuerst) und übersichtlich gegliedert sein.

Wie passiv darf's denn sein?

Im schlechten Sinne „amtlich“ muten anonym und passiv formulierte Schreiben an – mit Wendungen wie: „Es wird angeordnet“. Dann lieber so: „Ich ordne an.“ Allerdings warnen die Fachleute an anderer Stelle auch vor einem allzu strikten „Ich-Stil“, der sich nach persönlicher Willkür anhören könnte. Statt „Ich erwarte von Ihnen“ soll es nun auf einmal heißen „Erwartet wird von Ihnen...“ Nicht ganz konsequent: Da lugt das Passiv wieder durch die Hintertür...

Etwas unbeholfen wirken auch die akademischen Tipps zur sprachlichen Geschlechter-Gerechtigkeit. Damit das Geeiere um „Beamten und Beamtinnen“ oder gar um „BeamtInnen“ aufhört, will Leitfaden neutrale „verbeamtete Personen“ aufleben lassen. Das ist noch nicht der Weisheit letzter Schluss.

Über Sprachfragen geht schließlich dieser Hinweis der Germanisten hinaus: „Einen höflicheren Stil erreicht man schon durch den Einsatz von Wörtern wie bitte oder danke.“

Quittieren wir's mal so: Vielen Dank, dass Sie an die gute Kinderstube erinnern!

HINTERGRUND

Gebühren nach Ortsgröße gestaffelt

- Orte bis 1000 Einwohner zahlen einmalig 1000 Euro für die Uni-Sprachberatung, über 500 000 Einwohner sind 12000 Euro fällig. Für einige Städte ist dies offenbar schon ein Finanzproblem. Auch daher das schmale Projekt-Budget: 40 000 Euro für zwei Jahre.
- „Idema“ ist eine Abkürzung. Volltext: Internet-Dienst für eine moderne Amtssprache.
- Beispiele aus der Idema-Datenbank (Verbesserungstipps in Klammern):
- Ablichtung (Kopie), Blockbeschulung (Blockunterricht), Eignungsfeststellungsverfahren (Eignungstest),

entrichten (zahlen), fernmündlich (telefonisch), vorstellig werden (besuchen), zur Auszahlung bringen (auszahlen).

- Info: 0234/32 27016.
- Internet: www.moderneverwaltungssprache.de